

## **Klaus Schneck, MdL**

Landtagsabgeordneter für Gifhorn Nord / Wolfsburg

MdL-Büro Klaus Schneck  
Mitarbeiter: Jan Schwarz

Heinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

Telefon: 05834 - 530185  
0511 - 30303348

e-mail: klaus.schneck@lt.niedersachsen.de

Hannover, 08.12.2009

**Niedersächsischer Landtag  
Abgeordneter Klaus Schneck**

**P  
R  
E  
S  
S  
E  
M  
I  
T  
T  
E  
I  
L  
U  
N  
G**

### **SPD-Landtagsabgeordnete im Oberlandesgericht Braunschweig Braunschweig ist „Vorreiter“ in der deutsch-polnischen Justizpartnerschaft**

**Drei Mitglieder aus der Gruppe der SPD-Landtagsabgeordneten im Bezirk Braunschweig, Klaus-Peter Bachmann (Sprecher der Braunschweiger Abgeordneten), Matthias Möhle (Peine) und Klaus Schneck (Gifhorn/Wolfsburg), besuchten am 4. Dezember das Oberlandesgericht Braunschweig, um den neuen Präsidenten Karl-Helge Hupka kennen zu lernen und sich über die Arbeit des Gerichts zu informieren.**

Sie wurden außer von Hupka, der seit zwei Monaten im Amt ist, von sechs seiner leitenden Mitarbeiter aus den Bereichen Justiz und Verwaltung begrüßt. Während des Gesprächs informierten sich die Abgeordneten unter anderem über Zuständigkeiten des Oberlandesgerichts, Erfahrungen mit der budgetierten Haushaltsmittelbewirtschaftung auf Grundlage von Kosten- und Leistungsrechnung, sowie über Mediation, Anzahl und Zusammensetzung der Mitarbeiter. Im Bezirk des Oberlandesgerichts Braunschweig arbeiten überwiegend Frauen, sowohl als Richterinnen, Rechtspflegerinnen als auch in der Verwaltung, und ihr Anteil steigt weiter. Da sie nach der Geburt von Kindern meist bald in ihren Beruf zurückkehren wollen, wächst der Bedarf an Krippenplätzen. Hier könnten die Abgeordneten in den entsprechenden Ausschüssen behilflich sein, für ein größeres Angebot an Krippenplätzen zu sorgen, wünschte sich Hupka. Matthias Möhle, Mitglied des SPD-Fraktionsarbeitskreises für Soziales, Frauen und Jugend sicherte die weitere Unterstützung der SPD im Landtag zu.

Auch notwendige Sicherheitsmaßnahmen in den Gerichtsgebäuden waren ein Thema. Dabei bestand unter allen Anwesenden aber Einigkeit, dass man sich weder im Gericht noch im Landtag von der Bevölkerung abschirmen wolle. „Die Maßnahmen müssen auf das Notwendigste beschränkt bleiben“.

Interessant war der Bericht über die Justizpartnerschaft des Oberlandesgerichts und der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen vom Bezirksgericht und der Appellationsstaatsanwaltschaft in Breslau. Seit zehn Jahren trifft man sich zu Tagungen, anderen Veranstaltungen und bei Hospitationen, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen, sowie die Kenntnisse vom Rechtssystem des Partnerlandes zu verbessern. Das verhalf nicht nur zu einer reibungsloseren und schnelleren beruflichen Zusammenarbeit, von der auch die Bürger beider Staaten profitieren. Es entstanden auch private, freundschaftliche Kontakte betonte der für diese Zusammenarbeit zuständige Richter am OLG Braunschweig Dr. Pansegrau. Hier leistet das OLG Braunschweig auch wertvolle Arbeit zur „Rechtsangleichung“ im EU-Staat Polen, betonten die Abgeordneten.

Sie zeigten sich beeindruckt von dieser Zusammenarbeit, die die „volle Unterstützung“ von Seiten der Parlamentarier verdiene.